

### Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Eidgenössische Politik**  
SVP setzt konsequente Energiepolitik fort von Reinhard Wegelin  
Seite 2

**Kanton Zürich**  
Doppelsitzung zu Bildungsbürokratie und ÖV von Christoph Marty  
Seite 3

**Aktuell**  
Verschärfung des Jugendstrafrechts nötig von Nina Fehr Düsel  
Seite 4-5

**Parlamentsgemeinden**  
Höherer Eigenmietwert: Was passiert mit dem Geld? von Lukas Schanz  
Seite 6

**Veranstaltungs-Tipp**  
4. April: Sessions-Apéro mit Martin Haab in Knonau  
Seite 5

## SVP-MOTION FORDERT NEUAUFLAGE DES ZIVILVERTEIDIGUNGSBUCHES

# Widerstandskraft der Bevölkerung stärken

Die Konfliktgefahr ist gross und erreicht mindestens das Niveau des Kalten Krieges. Weltweit wird aufgerüstet, auch in der Nachbarschaft der Schweiz. Eine aktualisierte Ausgabe des Zivilverteidigungsbuchs kann helfen, die Bevölkerung angemessen auf die Gefahren vorzubereiten.

Im September 1969 wurde das Zivilverteidigungsbuch im Auftrag des Bundesrats an alle Haushaltungen der Schweiz abgegeben. Es handelt sich dabei um einen umfassenden Ratgeber über den zivilen Schutz des Landes und der Bevölkerung im Rahmen der damaligen geistigen Landesverteidigung.

In der aktuellen geopolitischen Lage sind sowohl hybride als auch konventionelle Bedrohungen erheblich gestiegen. Das Konfliktpotenzial hat das Niveau von 1969 erreicht, wenn nicht sogar bereits überschritten.

### Weltlage zunehmend instabil

Die Eskalationsspirale dreht sich rasant. Die westliche Sanktionspolitik gegen Russland hat nicht zu einer Schwächung geführt. Im Gegenteil: Die russische Wirtschaft hat rasch auf Kriegswirtschaft umgestellt und Wege gefunden, westliche Sanktionen zu umgehen. Der russischen Rüstungswirtschaft stehen genügend Arbeitskräfte, Produktionskapazitäten, Rohstoffreserven und Lieferketten zur Verfügung. Der Handel Russlands mit Drittstaaten, vor allem mit China, aber auch Indien, Südamerika und Afrika hat sich intensiviert. Die Welt droht wieder in alte Blöcke zu

zerfallen. Russland stampft derzeit im Osten des Landes eine komplette Armee aus dem Boden. Was die konkreten Auswirkungen der Terroranschläge vom 22. März auf Russland sein werden, ist noch nicht absehbar, sie dürften einer zusätzlichen Militarisierung Schub verleihen.

### Welt rüstet auf

Emanuel Macron hält den Einsatz von französischen Bodentruppen in der Ukraine nicht mehr für ausgeschlossen. Die Atommacht Frankreich will die Militärausgaben um 40 Prozent steigern und bis 2030 insgesamt über 400 Milliarden Euro in die Rüstung investieren. Deutschland will mit 100 Milliarden «Sondervermögen» die Bundeswehr aufrüsten.

Auch Schweden, Polen, Dänemark, die Tschechei oder Finnland erhöhen ihre Verteidigungshaushalte teilweise um 30 Prozent. Zusätzlich zu den nationalen Budgets will die EU noch einmal 100 Milliarden in Rüstung investieren, natürlich alles über zusätzliche Verschuldung.

Das US-Militär will sich schon lange auf den Pazifikraum konzentrieren, denn die US-Regierung, völlig egal ob Republikaner oder Demokraten, sieht die grösste Gefahr in den geopolitischen Ambitionen Chinas. Eine mögliche Eskalation um Taiwan scheint bei den Amerikanern zu den Hauptszenarien zu gehören. Zudem sind die US-Kräfte aber bereits im Nahen Osten mehrfach gebunden.

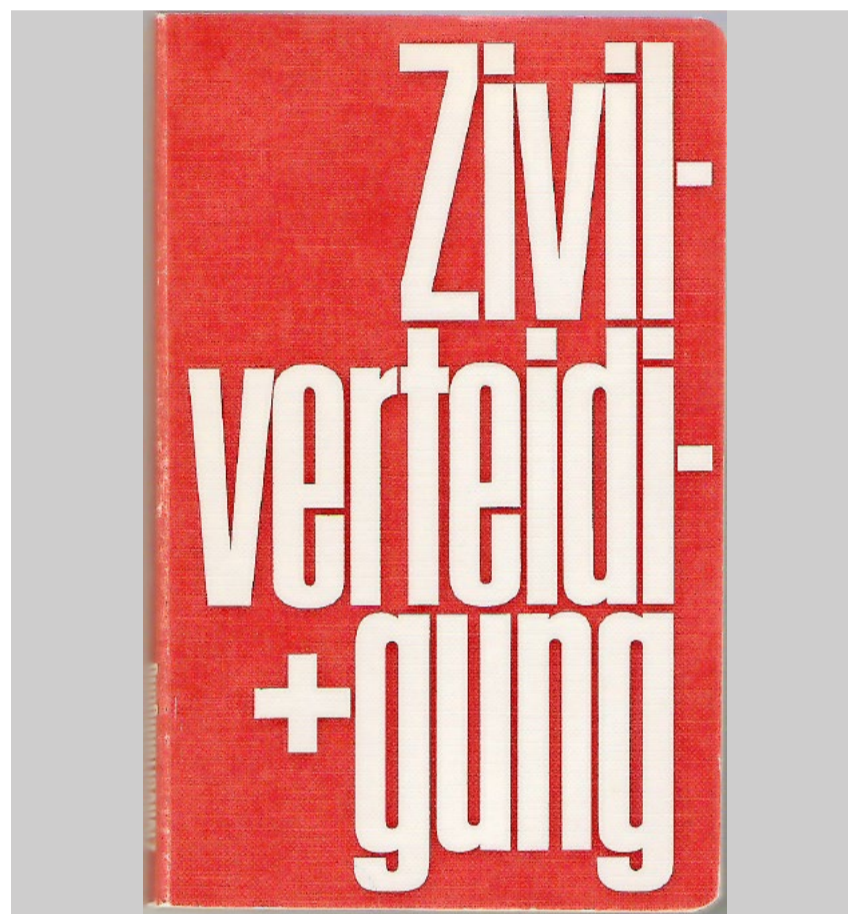
Die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober und der darauffolgende Gaza-Krieg haben nochmals neue Realitäten geschaffen. Ob und wie die USA den NATO-Bündnisfall in Europa einhalten würden, hängt also nicht so sehr daran, ob Trump oder Biden gewählt wird, sondern viel mehr an den strategischen Prioritäten und der militärischen Kapazität. Das haben die europäischen NATO-Mitglieder nun verstanden. 2024 erreichen erstmals seit Ende des Kalten Krieges wieder 18 der 31 NATO-Staaten das 2%-Ziel bei den Verteidigungsausgaben.

### Die Schweiz bleibt zurück

Und die Schweiz? Die Schweiz diskutiert darüber, ob wir nun 1% des BIP für die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit bis 2030 oder doch erst 2035 ausgeben wollen. Das ist fatal, denn Verteidigungsfähigkeit ist Voraussetzung für glaubwürdige Neutralität. Unabhängigkeit setzt voraus, das eigene Territorium verteidigen zu können.

Die Bedrohung ergibt sich aus dem militärischen Potenzial in der Umgebung, multipliziert mit der Absicht, dieses Potenzial einzusetzen. Das Potential ist da und wird gerade drastisch hochgeschraubt.

Absichten können sich jederzeit ändern und die Lage entwickelt sich dynamisch. Wir müssen darauf vorbereitet sein, natürlich auch auf Szenarien unterhalb der Kriegsschwelle. Propaganda, Cyberangriffe, Wirtschaftskrieg, Rohstoffknappheit, Energiemangella-



Das Zivilverteidigungsbuch von 1969 wurde an alle Schweizer Haushalte verteilt. Bild: Wikipedia

ge oder Blackout sind wahrscheinlicher geworden. Teilweise sind wir bereits davon betroffen.

### Motion: Wehrbereitschaft stärken

Wir müssen jetzt den Schalter umlegen. Der Aufwuchs hat begonnen und das gilt nicht nur für die Armee. Auch die Schweizer Bevölkerung muss wieder wissen, wie man mit solchen Gefahren umgeht. Daher habe ich eine Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, eine aktuelle Auflage des

Zivilverteidigungsbuchs zu erarbeiten und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die Neuauflage des Zivilverteidigungsbuchs soll der Sensibilisierung, der Information und dem Schutz der Bevölkerung vor äusseren Einwirkungen auf die Souveränität, die Demokratie und die Landessicherheit dienen. Es ist dringend nötig, dass sich die Schweizer Bevölkerung adäquat auf wahrscheinliche Bedrohungsszenarien inklusive einer grösseren geopolitischen Eskalation vorbereiten kann.



**Benjamin Fischer**  
Nationalrat SVP  
Volkswil



## Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig: Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.



Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66

## Für Alle, die GROSS auffallen wollen:

Hier könnte Ihre Werbung stehen  
oder an mehr als 100 anderen Standorten  
Blickfänger.ch

### Werbefläche buchen:

info@blickfaenger.ch  
043 499 24 19

**blickfänger.ch**  
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Christoph Mörgeli

## Köcherfliegen und Weisswasserlärm

Viele Jahrzehnte ist die Schweiz mit ihrem Mix von Kern- und Wasserkraft bestens gefahren. Der Strom war billig, sauber, sicher und in genügendem Ausmass vorhanden. Dann wurde Doris Leuthard Energieverantwortliche und setzte den «Atomausstieg» durch. Doch ihre Seifenblasen, man könne die so entstandene Stromlücke mit Sparmassnahmen und erneuerbaren Energien schliessen, zerplatzten an der Wirklichkeit. Beim neuen Stromgesetz streiten Glaubwürdige gegen Unglaubwürdige. Glaubwürdig sind jene, die sich gegen die Verschandelung unserer einzigartigen Landschaft mit Riesenkolossen von Windturbinen oder gleissenden Solarfeldern wehren. Glaubwürdig sind Bergdörfer wie Savognin oder Oberiberg, die der Heimat Sorge tragen und sich für ein paar Kollektoren nicht kaufen lassen. Unglaubwürdig ist die Umweltschutzorganisation Aqua Viva, die gegen den Ausbau der effizienten Wasserkraft ankämpft. Im Gebiet, wo der Trift-Stausee zwecks Energiegewinnung gebaut werden soll, seien die seltenen Köcherfliegen in Gefahr. So begründen die Gegner von Aqua Viva ihren Artenschutz-Alarm. Während Radio SRF eben noch titelte: «An der Limmat in der Stadt Zürich gibt es momentan eine regelrechte Invasion von sogenannten Köcherfliegen. Gefährlich sind sie nicht – aber lästig.» Aqua Viva wird präsidiert von SP-Nationalrätin Martina Munz. Sie behauptet laut NZZ, das neue Stauwehr würde die «typische Geräuschkulisse» mit «stark rauschendem und sprudelndem Weisswasser» beeinträchtigen. Haben sich diese Umweltaktivisten auch schon gefragt, wie die hunderttausend Zuwanderer unsere «Geräuschkulisse» beeinträchtigen, die jedes Jahr zusätzlich unser Land bevölkern? Etwa die aufheulende Geräuschkulisse durch Zuwanderer aus dem Kosovo mit ihren getunten Autos? Oder die nächtlichen Trommel-Geräusche der zugewanderten Afrikaner und Südamerikaner in unseren Parks und Promenaden? Oder die Pausenplatzgeräusche der extrovertierten Schuljugend aus dem Maghreb und Mittleren Osten? Die meisten Immigranten bringen wenig mit – garantiert aber immer einen Koffer voll Lärm.

## SWISSCOM ÜBERNIMMT VODAFONE ITALIEN FÜR CHF 8 MRD. FRANKEN

### Sind die Swisscom-Manager einmal mehr übermütig geworden?

Die Swisscom möchte auf Pump die marode italienische Vodafone übernehmen. Das Risiko tragen letztlich die Schweizer Steuerzahler. Die verlustreichen Expansionsversuche der Vergangenheit lassen Schlimmes befürchten.

Hans Kaufmann  
Alt Nationalrat SVP  
Wettswil am Albis

Warum will die britische Vodafone, einer der weltgrössten Telekomkonzerne mit 300 Millionen Kunden in 17 Ländern, ihre italienische Tochter, die Vodafone Italien, abstossen? Der Aktionärsinformation von Vodafone ist zu entnehmen, dass ein Verkauf an Swisscom den vollständigen Ausstieg aus dem italienischen Markt erlaube, wo es nicht möglich sei, einen Ertrag zu erwirtschaften, der die Kapitalkosten übersteige.

Swisscom bezahle 26-mal den freien operativen Cash-Flow beziehungsweise 7,6-mal den adjustierten Gewinn vor Steuern und Abschreibungen, was für Vodafone einen Spitzenpreis darstellt, denn das Unternehmen rühmt sich, in den letzten zehn Jahren noch nie einen derart hohen Preis für einen Verkauf erzielt zu haben.

#### Kauf auf Pump

Und nun glauben die Swisscom-Manager, sie seien klüger als die Vodafone-Manager und in der Lage, die italienische Vodafone-Einheit mit einem Vorsteuerverlust 2023 von 49 Millionen Euro bei Aktiven von 12,4 Milliarden Euro in eine nachhaltig höhere Rentabilität zu führen. Die Swisscom wird die Übernahme auf Kredit finanzieren müssen, denn die liquiden Mittel reichen bei Weitem dazu nicht aus.

Die Swisscom würde mit der Akquisition nicht nur Aktiven, sondern auch Schulden der Vodafone Italien übernehmen.

Die Bilanz der Swisscom wird sich deutlich verschlechtern, womit die Risiken für die Eidgenossenschaft, den Mehrheitsaktionär, zunehmen. Als systemrelevantes Infrastrukturunter-

men besitzt Swisscom praktisch auch Staatsgarantie.

Warum aber sollen die Schweizer Steuerzahler eine Garantie für italienische Netzbetreiber im Übermass übernehmen?

#### Auslandsabenteuer enden teuer

Bereits in den Jahren 1999 bis 2004 hat die Swisscom mit Auslandsabenteuern von Deutschland über die USA bis nach Indonesien über vier Milliarden Franken in den Sand gesetzt.

Alleine mit Debitel in Deutschland waren es 3,5 Milliarden Franken. Sogar in der Schweiz verlor Swisscom ihr Investment in die ehemalige Swissair in Höhe von 100 Millionen, ein Investment, das eher mit Vetterwirtschaft, denn mit betrieblicher Notwendigkeit zu tun hatte.

Hätte Bundesrat Christoph Blocher 2005 nicht den Abbruch der Eircom-Übernahme, ebenfalls ein 7- bis 8-Milliarden-Deal, durchgesetzt, hätte Swisscom weitere Milliarden mit diesem irischen Festnetzbetreiber verloren, denn Eircom verfügte damals über eine Eigenmittelquote von nur 6,4 Prozent der Bilanzsumme. Die später eskalierenden Probleme führten zu einem Bankrott und einer Sanierung durch neue Besitzer.

#### Lieber Dividende erhöhen

Was ist zu tun? Übung abbrechen. Statt acht Milliarden in ein problembeladenes Unternehmen mit Währungsrisiken zu investieren, sollte Swisscom den voraussichtlich steigenden freien Cashflow nach der Vollendung der Netzausbauten lieber für jährliche Dividendenerhöhungen einsetzen. Solche Dividendenerhöhungen, z.B. um einen Franken pro Jahr, würden sich früher oder später auch in steigenden Aktienkursen niederschlagen. In jedem Falle würden die Dividendenerträge des Bundes, der 50,95 Prozent an Swisscom hält, dann innert zehn Jahren von heute 581 Millionen auf 844 Millionen Franken

ansteigen. Das wären 264 Millionen mehr als heute.

Seit 2006 erhalten die Swisscom-Aktionäre eine unveränderte Dividende von 22 Franken pro Aktie. Das ist keine ausserordentliche Management-Leistung, denn Aktionäre kaufen Aktien, weil sie längerfristig steigende Dividenden erwarten. Mit einer Übernahme der Vodafone Italien wird die Durststrecke wohl noch länger anhalten. Falls es sogar zu Verlusten kommt, werden die Aktionäre mit einer Dividendenkürzung oder -ausfall rechnen müssen.

Noch schlimmer wären Verluste, die einen Kapitalnachschiess nach sich ziehen würden, denn dann müsste auch der Bund Geld nachschliessen, um die Stimmenmehrheit zu wahren. Aber die Finanzlage der Eidgenossenschaft ist derzeit alles andere als rosig. Wenn Vodafone in ihrer Aktionärsinformation hervorhebt, dass die Aktionäre in der Schweiz nichts zum Deal zu sagen hätten, dann verkennen die Deal-Maker wohl, dass der Bundesrat als Vertreter des Mehrheitsaktionärs sehr wohl eingreifen kann, allenfalls mit einer Auswechslung des Managements von Swisscom.

Zuerst erschienen auf Weltwoche Daily



Selbstüberschätzung oder kluger Schachzug? Vodafone-Filiale in Italien.

Bild: Adobe Stock

## NEIN ZUM STROMVERSORGUNGSSETZ (MANTELERLASS)

### SVP setzt ihre konsequente Energiepolitik fort

Die SVP hat an ihrer Delegiertenversammlung in Langenthal in der Energiepolitik die Weichen gestellt. Sie lehnt das neue Energie- und Stromversorgungsgesetz deutlich ab (242 Nein- zu 149 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen). Hauptanliegen sind dabei der Landschaftsschutz und die Einhaltung demokratischer Prinzipien.

Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

Der sogenannte «Mantelerlass» will den grundsätzlichen Vorrang von Stromversorgung mit erneuerbaren Energien gegenüber dem Landschaftsschutz. Das

Beschwerderecht existiert zwar auf dem Papier noch und Einsprachen von Privaten und Umweltorganisationen bleiben möglich. Sie haben jedoch nach dem neuen Gesetz kaum mehr Erfolgchancen.

#### Im Widerspruch zur Verfassung

Geht man etwas tiefer ins Gesetz, sieht man, mit was für einer antidemokratischen Wolle dieser Mantelerlass gestrickt ist. Sogar die Schutzgebiete im

Bundesinventar der wertvollsten Landschaften und Naturdenkmäler könnten geopfert werden: Auf Schutz-, Wiederherstellungs-, Ersatz- oder Ausgleichsmassnahmen darf neu verzichtet werden.

#### Baugesetzgebung kann ausgeschaltet werden

Der Bundesrat kann die Bewilligungsverfahren konzentrieren und abkürzen. Damit werden potenziell die Gemeinden entmachtet und demokratische Rechte ausgeschaltet. Eine Gemeindeversammlung wäre dann völlig machtlos bei Energieprojekten. Das Referendumskomitee vertritt auch Karl Spühler, ehemaliger SVP-Bundesrichter und emeritierter Ordinarius der Universität Zürich.

#### Welche Partei ist wirklich grün?

Muss man die Natur zerstören, um sie zu retten? Grosse Umweltorganisationen und politische Parteien, die sich normalerweise «grün» geben, haben sich offenbar mit dieser Situation abgefunden, ohne sich am Referendum zu beteiligen. Sie argumentieren, dass sie «die Umsetzung des Mantelerlasses beobachten» und sich gegen weitere Rückschritte im Naturschutz wehren würden. Sie sind sich darüber nicht im Klaren, dass ihre Passivität dazu führen könnte, dass sie auch weitere An-

griffe auf den Naturschutz akzeptieren müssten. Das Nein der SVP zeigt einmal mehr, dass sie die wahre grüne Partei ist.

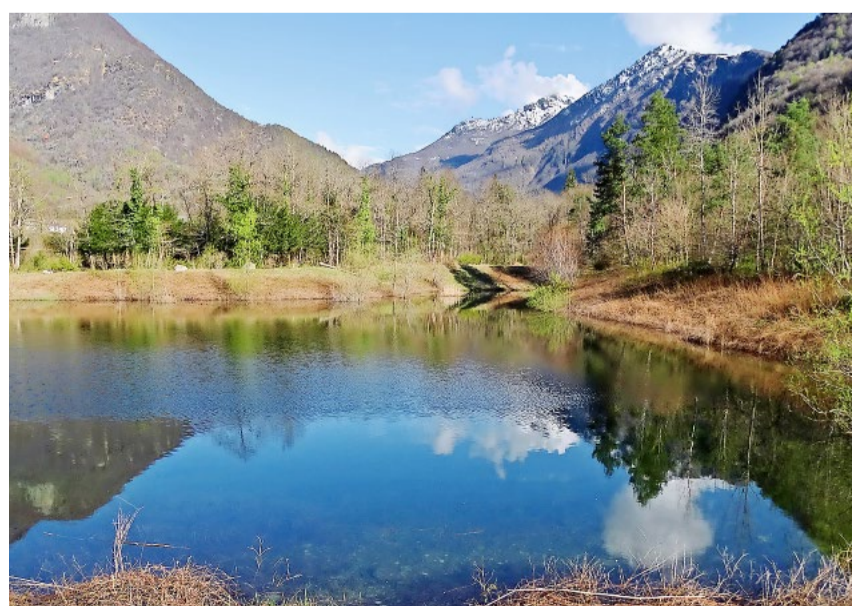
#### Hohe Kosten für wenig Strom

Wirtschaftspolitikerin und Vizepräsidentin der SVP Schweiz, Magdalene Martullo-Blocher, sagte an der Delegiertenversammlung in Langenthal, Solar- und Windkraft ermöglichten keineswegs eine sichere Energieversorgung. Die bevölkerungsreichen Städte täten herzlich wenig für die Stromproduktion, betonte etwa auch Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich. Dies geschehe einmal mehr vor allem auf dem Land. «Ich will nicht, dass meine Heimat dafür verschandelt wird», sagte er.

#### Bevölkerung hätte weniger zu sagen

Der Journalist Philipp Gut brachte die Stimmungslage zu diesem Gesetz auf den Punkt: «Die Balance der Interessen, wie sie auch in der Bundesverfassung niedergeschrieben ist, würde gestört. Der Bau von Grossflächen-Solaranlagen in den Alpen und von über 200 Meter hohen Windrädern auch in Wäldern würde privilegiert. Es würde mehr obrigkeitlich durchregiert. Die Bevölkerung hätte weniger zu sagen.»

Die SVP Kanton Zürich fasst an der Delegiertenversammlung vom 9. April die Parole zum Mantelerlass.



Durch den Mantelerlass wird der Schutz von Naturschutzgebieten wie hier im Tessin aufgeweicht.

Bild: Uwe Häntsch/Flickr.com

AUS DEM KANTONS RAT

## Doppelsitzung zur Bildungsbürokratie und zum öffentlichen Verkehr

Am Montag standen anlässlich der Doppelsitzung Bildung und ÖV auf der Traktandenliste. Bei der Bildung kam eine ganze Kaskade linker Vorstösse zu Debatte. Alles in allem liess sich der Verdacht nicht entkräften, dass dabei der eigentliche Bildungserfolg nachgelagert ist und stattdessen vor allem die Bildungsbürokratie weiter aufgeblasen werden soll.



**Christoph Marty**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Zuerst ging es um das Postulat Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FRBE) – «faire Startchancen für alle». Rochus Burtscher, welcher an diesem Montag, wie unser Fraktionskollege Urs Wegmann auch, seinen Geburtstag feierte, konnte zusammen mit Ursula Junker den fehlenden Nutzen dieses Vorhabens bei gleichzeitig hohen Kostenfolgen detailliert darlegen. Auch die Regierungsrätin Silvia Steiner nannte die Wegnahme der Kompetenzen von den Gemeinden hin zum Kanton offen beim Namen. Sie befand, dass der Kanton seine Aufgaben bei der frühkindlichen Betreuung bereits in mehr als ausreichendem Umfang wahrnimmt. Ein unnötiges Projekt, welches mit 87 zu 86 Stimmen ganz knapp gebodigt werden konnte. Die GLP-Fraktion war in dieser Frage, wie so oft sonst auch, bei den Ökosozialisten.

### Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn – ChagAll

Die Motion, welche vorgängig zu einem Postulat abgeschwächt wurde, sollte erreichen, dass begabte Jugendliche aus bildungsfernen Familien mit Migrationshintergrund eine «echte Chance» für den Eintritt in ein Gymnasium erhalten. Aber die Bildungsdirektion bietet

bereits 24 Förderprogramme an. Was ein 25. dann noch bringen sollte, konnte niemand plausibel erklären. Rochus Burtscher wies darauf hin, dass wir bereits heute zu viele Jugendliche an den Gymnasien haben, welche dort nicht hingehören. Und dass die Berufslehre bei den Linken schon lange nicht mehr den Stellenwert hat, welche sie verdient.

### Fraktionserklärung: Erschreckende Zunahme schwerer Verbrechen

Am Montagmorgen informierte der Kanton Zürich über die Zunahme der Kriminalität von fast 9 Prozent im Jahr 2023. Am schlimmsten ist die Zunahme von schweren Körperverletzungen mit 25 Prozent. Anita Borer verlas unsere tagesaktuelle Fraktionserklärung. Bei den Tätern handelt es sich an erster Stelle um algerische Staatsangehörige. Auf Platz zwei folgen Rumänen, welche speziell mit serienmässigen Einbruchdiebstählen auffielen, gefolgt von Asylanten aus Marokko, der Ukraine – wobei hier auch Roma-Zigeuner mit gekauften Pässen vermutet werden – und Afghanistan. Fast alle sind abgewiesene Asylanten. Wir von der SVP-Fraktion wissen genau, wie bei dieser Klientel verfahren werden müsste, können uns aber nicht gegen die herrschenden Mittelinks-Mehrheiten durchsetzen.

### Quereinsteigende zum Lehrberuf entlasten und unterstützen

Ein weiterer Vorstoss von überambitionierten SP-Kantonsrätinnen forderte mit einer wenig durchdachten Motion

vom Regierungsrat, die Grundlagen zu schaffen, um Quereinsteiger bei einer Lehrer-Ausbildung auf dem zweiten Bildungsweg finanziell zu unterstützen. Das Konzept, jedes Problem der Volksschule mit mehr Geld zu lösen, muss als gescheitert anerkannt werden, hielt Tobias Infortuna zu Recht fest.

Diese Motion wurde mit der FDP und der GLP nicht überwiesen, und zwar gegen die mit den Ökosozialisten stimmende Mitte.

### Ergänzende Massnahmen am Strassennetz im Zusammenhang mit der Limmattalbahn

Beim Zusatzkredit torpedierten die Grünen die Fertigstellung der flankierenden Massnahmen (Flama) für den Strassenverkehr. Da die Limmattalbahn ja läuft, ist es den Grünen egal, was mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) passiert. Während Ueli Pfister vor allem die technischen Aspekte ansprach, wurde Rochus Burtscher sehr deutlich, was er vom Wortbruch der Grünen hält. Die SVP hatte seinerzeit der Limmattalbahn nur zugestimmt, weil versprochen wurde, dass tragfähige Lösungen für den ÖV und den MIV realisiert werden.

### Rahmenkredit Zürcher Verkehrsverbund Fahrplanperiode 2024

Zum Geschäft sprach Ueli Pfister als Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU). Die KEVU beantragte dem Kantonsrat einstimmig, die Grundsätze zur Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr für die Fahrplanperiode 2025 bis 2029 festzulegen und den Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) über 437,5 Millionen Franken für die Fahrplanperiode 2024 zu bewilligen. Trotz Tarifierhöhungen wird der Rahmenkredit um 13 Millionen Franken erhöht, dies aber bei besserem Kostendeckungsgrad.

Aber die Kostenunterdeckungen werden von den Steuerzahlern berappt, ob diese den ÖV nutzen oder nicht. Der Kredit wurde mit den Stimmen der SVP angenommen.



Mehr Ausgaben bedeuten nicht zwingend bessere Bildung.

Bild: Adobe Stock

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN DES KANTONS RATES ZÜRICH

## Grüner Subventionstopf gefährdet Schuldenbremse

Mit der Annahme des Klimagesetzes im vergangenen Juni und dem neuen Energiegesetz, das diesen Frühsommer an der Urne womöglich knapp bestätigt wird, hat die Schweiz bereits genug staatliche Förderinstrumente für die Energiewende zur Hand. Das hindert ein Bündnis von SP und Grünen nicht daran, erneut einen Klimafonds auf Bundesebene zu fordern. Ende Februar wurde die nötige Zahl Unterschriften für eine Volksinitiative eingereicht. Sie dürfte 2026 zur Abstimmung kommen.

### Subventionen ohne Ende

Die Klimafondsinitiative rührt mit grosser Kelle an. Bis 2050 soll der grüne Subventionstopf mit 0,5 bis 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) alimentiert werden. Das klingt auf den ersten Blick bescheiden. In konkreten Zahlen ausgedrückt wären es allerdings 4 bis 8 Mrd. Fr. pro Jahr, mit dem Wachstum des BIP künftig mehr. Sobald die Schweiz die Klimaziele erreicht hat, können die Beträge gemäss den Initianten «angemessen gesenkt», aber nicht abgeschafft werden: einmal Subventionen, immer Subventionen.

### Schuldenbremse wird umgangen

Dabei hat der Bundesrat mit Blick auf die hohen Defizite, die im Bundeshaushalt spätestens ab 2027 zu erwarten sind, gerade erst eine «grundlegende Überprüfung» der Subventionen von 60 Mrd. Fr. pro Jahr beschlossen. Auch die rotgrünen Initianten wissen, dass ihr Vorhaben im Grunde nicht finanzierbar ist.

Daher verlangen sie, dass die konstanten Milliardenausgaben am «offiziellen» Bundesbudget vorbeigeschleust werden. Das widerspricht dem Sinn und Geist der Schuldenbremse, die vor 21 Jahren mit überwältigendem Volksmehr in der Verfassung verankert wurde.

Ein Ja zu dieser Initiative würde Nachahmer produzieren und käme einem stillen Begräbnis der Schuldenbremse gleich.

### Stellen für die eigene Klientel

Die massiven Staatshilfen in der Coronapandemie haben die Erwartung an den Staat als Helfer und Förderer in allen Lagen zementiert. Ein Giga-Klimafonds hätte einen enormen Ausbau staatlicher Bürokratie zur Folge.

Eine derartige Subventionsmaschine ist «betreuungsintensiv». Der damalige, bedeutend kleinere Fonds im CO<sub>2</sub>-Gesetz hätte nach Berechnungen des Bundes zwanzig neue Vollzeitstellen benötigt.

Mit dem Klimafonds würden Politiker, die wiedergewählt werden wollen, und Beamte entscheiden, was gefördert werden soll. Das öffnet der Klientelwirtschaft Tür und Tor. Die in der Initiative genannten Ziele sind schwammig: Dekarbonisierung, Versorgungssicherheit, Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen, Stärkung der Biodiversität. Zielgerichteter wäre es, den Ausstoss von Treibhausgasen korrekt zu bepreisen und die Einnahmen an die Bevölkerung zu verteilen.



von  
Jürg Sulser

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Kinder als Opfer von häuslicher Gewalt



**Ursula Junker**  
Kantonsrätin SVP  
Mettmenstetten

Die Kinderschutzgruppe und Opferberatungsstelle des Kinderspitals verzeichnete im Jahr 2023 erneut eine Zunahme der gemeldeten Verdachtsfälle von Kindesmisshandlungen. Dies ist bereits das fünfte Jahr in Folge mit einer Zunahme. Die Experten vermuten zusätzlich eine hohe Dunkelziffer.

Kurz vor der Ratssitzung präsentierte Sicherheitsdirektor Mario Fehr die Polizeistatistik 2023: Rund 20-mal pro Tag musste die Polizei wegen häuslicher Gewalt ausrücken. Leben in diesen Haushalten Kinder, sind sie in jedem Fall mitbetroffen, ob sie nun selber körperliche Gewalt erfahren oder ständiger psychischer Belastung ausgesetzt sind. In der Ratssitzung war das von Christina Zurfluh Fraefel (SVP) und Janine Vannaz (Die Mitte) 2020 eingereichte Postulat «Schutz der Kinder vor Misshandlungen im Kanton Zürich» zur Abschreibung traktandiert. Die Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) empfahl aufgrund des umfassenden Berichts der Regierung das Postulat zur Abschreibung. Nur der SVP genügen die vorhandenen Instrumente nicht und wir äusserten uns entsprechend mit einer abweichenden Stellungnahme. Prä-

vention spielt eine entscheidende Rolle, um Fälle von Kindesmisshandlung zu verhindern.

Das Erkennen von Kindeswohlgefährdung und ein angemessenes Handeln sind von grosser Bedeutung. Fachpersonen aus dem Sozialbereich sowie im Frühbereich sollten auf Früherkennung von Gewalt an Kleinkindern achten. Es ist wichtig, dass die Gesellschaft sensibilisiert wird und Opfer von Kindesmisshandlungen Unterstützung erhalten.

Immer wieder ist von der hohen Dunkelziffer die Rede. Wir sind der Meinung, und da teilen wir die Sichtweise von Kinderschutz Schweiz auf nationaler Ebene, dass mehr und vertieftere Daten unter Umständen darauf hinweisen könnten, wie entsprechende Präventionsangebote ausgestaltet sein sollten oder allenfalls angepasst werden müssten. Mit der Kinderschutzkommission wäre das nötige Gefäss bereits vorhanden, diese Daten zu sammeln, auszuwerten und Handlungsempfehlungen abzugeben.

Einmal mehr entlarvte sich die Ratslinke selber. Während sie noch vor einer Woche in diesem Rat häusliche Gewalt medienwirksam und theatralisch verurteilte, sich über männliche häusliche Gewalt echauffierte und sofort Krisenzentren für Opfer von häuslicher Gewalt forderte, wurde gestern Gewalt an den Kleinsten und Wehrlosesten in dieser Gesellschaft einfach ausgeblendet, nur weil der Vorstoss von der falschen politischen Seite kam.



Die Dunkelziffer bei Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ist hoch.

Bild: Adobe Stock



## Einladung zum Bezirkshöck in der Sektion Oberrieden

Geschätzte SVP-Mitglieder und Sympathisanten

Für das gemütliche Beisammensein, lädt jeweils am ersten Donnerstag eines Quartals eine SVP-Sektion im Bezirk Horgen zum Höck ein.

Der kommende Höck findet wie folgt statt:

**4. April 2024 um 19:00 im Restaurant Frohe Aussicht in Oberrieden**

Wir freuen uns auf einen gemütlichen Abend mit spannenden Gesprächen.

Freundliche Grüsse

Adrian Wegmann  
Sektionspräsident SVP Oberrieden



## MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

## Kriminalstatistik 2023: Schlimmer als gedacht

Der Kanton Zürich verzeichnet 2023 einen massiven Anstieg bei der Kriminalität durch Ausländer, die mehr als die Hälfte der Täter ausmachen. Gewisse Gruppen wie Nordafrikaner fallen durch hohe Kriminalität auf. Die unverantwortliche Migrations- und Asylpolitik gefährdet die öffentliche Sicherheit. Die bestehenden Gesetze müssen umgesetzt und verschärft, die Grenzen geschützt werden.

Seit Jahren warnt die SVP vor den negativen Auswirkungen der masslosen Zuwanderung und der völlig verfehlten Asylpolitik – und wird dafür von der Linken und gewissen Medien stets nur mit Häme eingedeckt und verunglimpft.

Leider gibt uns die Realität aber immer wieder recht. Egal ob Gewaltdelikte, Einbrüche, Diebstähle, Schlägereien, häusliche Gewalt oder Drogenhandel, die Liste liesse sich mühelos verlängern: Menschen ohne Schweizer Pass sind in jeder Kriminalstatistik massiv übervertreten!

## Messergewalt: 68 Prozent der Täter sind Ausländer

SVP-Kantonsrat Daniel Wäfler zieht eine erschreckende Bilanz der aktuellen Zahlen: «Ein deutliches Bild zeichnet die heute veröffentlichte Kriminalitätsstatistik des Kantons Zürich für das Jahr 2023: Straftaten gemäss Strafgesetzbuch durch Asylbewerber und Kriminaltouristen haben 2023 um knapp 22 % zugenommen, viermal stärker als in der restlichen Bevölkerung. Die Rangliste wird angeführt von Tätern aus Algerien, Rumänien oder Marokko – allesamt Länder ohne offenkundige Flucht- bzw. Asylgründe.»

Insgesamt handelt es sich bei über 53 % der Tatverdächtigen um Ausländer. Besonders drastisch präsentiert sich die Statistik zu den Messerangriffen, einer besonders perfiden und hinterhältigen Straftat: Messerangriffe haben im Kanton Zürich im letzten Jahr um 33 % zugenommen. Lag der Anteil der ausländischen Täter 2022 noch bei 56 %, ist er 2023 auf unfassbare 68 % gestiegen.

## Grenzen müssen geschützt werden

Es geht uns nicht darum, zu verallgemeinern: Selbstverständlich sind nicht alle Ausländerinnen und Ausländer in diesem Land kriminell, im Gegenteil! Anständige Ausländer sind ebenfalls Leidtragende. Der Umkehrschluss ist aber leider eine Tatsache: Die Mehrheit der Kriminellen in unserem Land ist ausländischer Herkunft oder hat einen Migrationshintergrund.

Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, findet dazu klare Worte: «Es ist offensichtlich: Wir im-

portieren die Kriminalität seit Jahren und setzen die Sicherheit der Bevölkerung damit leichtfertig aufs Spiel. Das muss aufhören. Die Grenzschutz-Initiative der SVP, die systematische Kontrollen an den Grenzen wieder einführen will, ist dringend nötig, um der illegalen Migration Einhalt zu gebieten.»

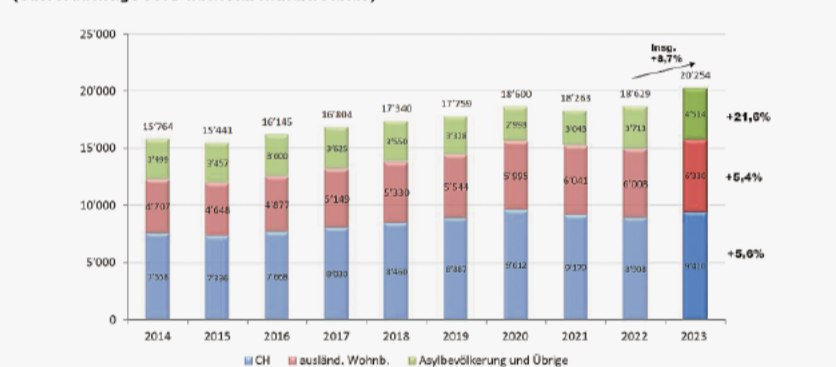
## Verschärfung und Umsetzung der Gesetze dringlich

Bei der hohen Ausländerkriminalität handelt es sich in erster Linie um ein kulturelles Phänomen: Es sind nämlich nicht Japaner, Kanadier, Inder, Schweden oder Argentinier, die bei uns kriminell werden. Nein, es sind vorwiegend Menschen aus Gesellschaften, in

denen veraltete Rollenbilder herrschen und in denen ein verzerrter Ehrbegriff gelebt wird. Es sind vorwiegend Menschen aus dem Maghreb oder aus dem Nahen und Mittleren Osten, die die Kriminalstatistiken anführen.

«Der Anstieg der Kriminalität darf nicht länger hingenommen werden», findet SVP-Kantonsrätin Anita Borer: «Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass das Strafrecht massiv verschärft wird, dass kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden, dass nur noch wirklich Schutzbedürftige einen Asylantrag stellen dürfen und dass abgewiesene Asylbewerber unser Land so rasch wie möglich wieder verlassen müssen.»

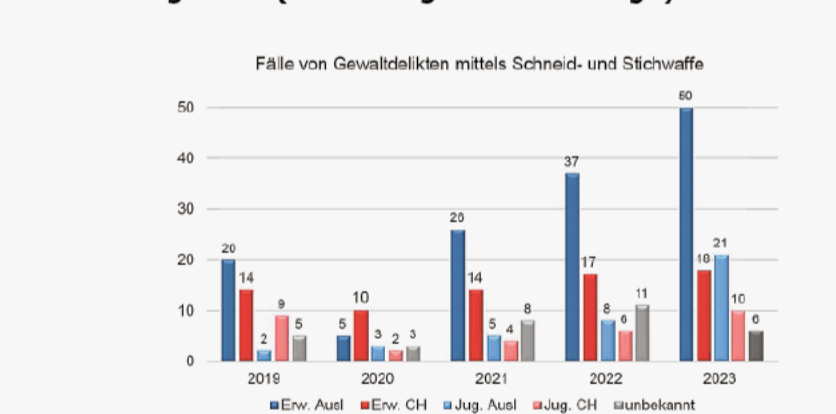
## Fokus: Kriminalität durch Asylbevölkerung und «Kriminaltouristen» (Tatverdächtige StGB nach Aufenthaltsstatus)



## Bei Asylanten und «Kriminaltouristen» haben die Delikte um 22 Prozent zugenommen.

Bild: Kantons- und Stadtpolizei Zürich

## «Messerangriffe» (Verteilung Tatverdächtige)



## Die Zahl der Messerangriffe steigt. Die Täter sind fast immer ausländischer Herkunft.

Bild: Kantons- und Stadtpolizei Zürich

Die Gerichtskommission der Vereinigten Bundesversammlung sucht für das Bundesgericht:

## ZWEI ORDENTLICHE RICHTERINNEN ODER RICHTER MIT HAUPTSPRACHE DEUTSCH

100 %, Lausanne

## Ihre Aufgaben:

Sie wirken an den Entscheidungen des Bundesgerichtes, des obersten Gerichts der Schweiz, mit und tragen somit zur Entwicklung des Rechts und zu dessen Anpassung an veränderte Verhältnisse bei.

## Ihre Kompetenzen:

- Juristischer Hochschulabschluss (Master oder Doktorat), idealerweise Anwaltspatent
- Erfahrene/r Jurist/in mit fundierten Kenntnissen, namentlich im Strafrecht oder Zivilrecht;
- mehrjährige Berufserfahrung in der Justiz, vorzugsweise bei einem kantonalen oder eidgenössischen Gericht, in der Advokatur oder eventuell in der öffentlichen Verwaltung;
- effiziente und speditive Arbeitsweise sowie Entschlussfreudigkeit, vernetztes Denken und hohe Sozialkompetenz;
- Führungsqualitäten und Belastbarkeit;
- Hauptsprache Deutsch; gute aktive Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und wenn möglich passive Kenntnisse der dritten Amtssprache

## Zusatzinformationen

Die Vereinigte Bundesversammlung wird die Wahl in der Sommersession 2024 vornehmen. Die Gerichtskommission misst einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen politischen Kräfte an den eidgenössischen Gerichten Bedeutung bei: Die SVP und in geringerem Masse die SP, die Mitte und die FDP sind unter den ordentlichen Richtern und Richterinnen am Bundesgericht momentan (und in Anbetracht der zu besetzenden Stellen) untervertreten.

## Bewerbungsfrist: 3.4.2024

## Amtsantritt: 1.1.2025

Lohn: gemäss Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6. Oktober 1989 (RS 172.121.1)

## Kontakt

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Sekretärin der Gerichtskommission Anne Dieu (anne.dieu@parl.admin.ch; Tel. 058 322 94 26).

Senden Sie uns auf elektronischem Wege Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Kopien von Diplomen und Arbeitszeugnissen, Angabe von Referenzpersonen (darunter mindestens zwei berufliche Referenzen) mit Telefonnummer, Liste der Publikationen, Straf- und Betreibungsregisterauszug sowie Passfoto.

Nähere Informationen zum Bundesgericht finden Sie im Internet unter [www.bger.ch/index.htm](http://www.bger.ch/index.htm)

## GENERALVERSAMMLUNG DER SVP BÄRETSWIL

## Abschied nach 17 Jahren im Vorstand

Die Generalversammlung vom 22. März 2024 wurde wie gewohnt sehr speditiv von der Präsidentin Susanne Gerber abgehalten.

Dieses Jahr verliert die SVP Bäretswil ein sehr erfahrenes Vorstandsmitglied. Lisa Dietrich-Bieri wird nach 17 Jahren Vorstandstätigkeit den Vorstand verlassen.

Ihr wird für Ihren Einsatz gebührend gedankt – solch eine lange Zeit im Vorstand mitzuarbeiten ist nicht mehr selbstverständlich. Sie wird sich aber weiterhin für die SVP im Bäretswiler Gemeinderat einsetzen. Da sie bereits seit 14 Jahren im Amt – zuerst

für den Tiefbau und nun als Vorsteherin Soziales. Als neues Vorstandsmitglied wurde Marcel Andri gewählt. Die SVP Bäretswil freut sich, dass das aktuelle Jahr dank fehlenden Wahlen etwas ruhiger zu und her gehen wird. Die Zeit wird dafür vom Vorstand genutzt, um sich bereits jetzt intensive Gedanken zu den Gemeindewahlen im Jahr 2026 zu machen.

Vorstand der SVP Bäretswil



Der Vorstand der SVP Bäretswil: Markus Ineichen, Marcel Andri, Lisa Dietrich-Bieri, Roland Abbühl, Susanne Gerber, Rico Schaffer und Beat Fuhrer (v.l.n.r.). Bild: ZVG

## GV DER SVP STÄFA MIT DOMENIK LEDERGERBER

## Verwaltung macht sich selbstständig – auch auf Gemeindeebene

Unser Kantonalpräsident und Kantonsrat Domenik «Lädi» Ledergerber blickte in seiner Grussbotschaft auf die schönen Erfolge des zurückliegenden Abstimmungswochenendes zurück, speziell bei der von uns bekämpften Seeuferinitiative und der Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP. Hier wurde der Gegenvorschlag angenommen. Bei der Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente gab's eine «Niederlage mit Ansage».

## Mitteln links versagt bei Asylpolitik

Lädi erinnerte daran, dass die Verwaltung immer mehr die Regierung führe und sich ständig massiv vermehre. Ein Problem, das wir auch auf Gemeindeebene mit Sorge beobachten. Die SVP hat in einer Fraktionsklärung im Kantonsrat die linke Politik der offenen Grenzen schonungslos als mitverantwortlich für die Messerattacke gegen einen Juden in Zürich erklärt. Der Referent erinnerte daran, dass Linke bis hin zur Mitte-Partei Stipendien für rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber einführen wollen, was die Sogwirkung zusätzlich verstärken wird.

## Lokale Themen

Lukas Bubb, Präsident der SVP-Ortssektion, warf einen Blick auf die Themen, die uns als Oppositionspartei in Stäfa aktuell beschäftigen: BZO-Revision, turbulente Entlassung des Feuerwehrkommandanten und der schliesslich ersatzlos gestrichene «Gender-Tag» an der Oberstufe. Solche Initiativen kommen meist aus der Verwaltung, sogar ohne Wissen der zuständigen Behörde. Die SVP Stäfa setzt sich auch gegen landchaftsverschandelnde Windturbinen ein. Trotz kleinem Rückschlag bei den Wahlen 2023 blieb die SVP mit 25 Prozent in Stäfa die wählerstärkste Ortspartei. Die SVP hat sich gegen das «Gold-Label» für die «Energistadt» Stäfa gewehrt, ebenso gegen den Kauf zweier sanierungsbedürftiger Häuser an der Sternhaldenstrasse durch die Gemeinde. Auch bei der Urnenabstimmung des immer teureren Hallenbads wird sich die SVP kritisch äussern,

genau wie gegen die intransparenten, immer teureren Strompreise und die Umtriebe zwecks Einführung von generell Tempo 30. Die Monatshöcks jeweils am zweiten Dienstag wurden erfreulich gut besucht.

## Wechsel im Vorstand

Der neu in den Vorstand gewählte Kassier Roger Müller erläuterte geschickt die Jahresrechnung. Als Delegierte für die Delegiertenversammlungen von Kantonal- und Bezirkspartei werden Yanick Martens, Stefan Reichling, Michael Firlie und Helga Sonanini einstimmig und unter Applaus gewählt. Es liegen keine Anträge von Mitgliedern vor.

Der Vizepräsident der Ortspartei, Marco Vogt, wird den Wahlkampf für die Gemeindewahlen im Jahr 2026 führen. Die Konzeptarbeit und Aufrufe an Interessenten beginnen in den kommenden Monaten. Nicolas Gorlero wird die langjährige Mitarbeit im Vorstand, zuerst als Kassier und später als Rechnungsrevisor, herzlichst verdankt, und zwar mit einer Flasche feinen Krakerums.

Vorstand der SVP Stäfa



Roger Müller amtiert neu als Kassier der SVP Stäfa. Bild: SVP Stäfa

STRAFMASS NICHT MEHR VERHÄLTNISSMÄSSIG

# Verschärfung des Jugendstrafrechts ist in schweren Fällen nötig

Die Jugendkriminalität grassiert. Das Jugendstrafrecht ist überfordert. Es braucht dringend eine Anpassung, um die Zunahme an schweren Gewaltdelikten bei immer jüngeren Tätern zu bekämpfen.



**Nina Fehr Düsel**  
Nationalrätin SVP  
Küssnacht

Immer öfter begehen Jugendliche schwere Straftaten, die eine erschreckende kriminelle Energie offenbaren. Die Jugendkriminalität ist in der Schweiz gegenüber 2015 stetig angestiegen. Der Anstieg beträgt gesamthaft 27 Prozent. Und immer wieder sorgen milde Urteile nach solchen Straftaten für Unverständnis und zusätzliche Empörung in der Bevölkerung. So hat das Bundesgericht im April 2023 ein Urteil gegen einen 17-jährigen bestätigt, der in einem Zürcher Park einen älteren Mann zum Invaliden schlug. Der Täter erhielt eine bedingte Freiheitsstrafe von nur vier Monaten.

Eine in jeder Hinsicht schockierende Tat hat sich am 2. März 2024 in Zürich ereignet, als ein 15-jähriger Muslim mit Schweizerpass, der sich zur Terrororganisation Islamischer Staat bekennt, einen jüdischen Mitbürger mit Messerstichen lebensgefährlich verletzte. Auch dieses Verbrechen kann gemäss Jugendstrafgesetz lediglich mit einer Höchststrafe von einem Jahr Freiheitsentzug geahndet werden, was die Bevölkerung nicht verstehen kann.

### Strafen müssen erhöht werden

Es braucht im Jugendstrafrecht dringend verhältnismässige Strafen für schwere Straftaten. Dies insbesondere auch für Minderjährige, die sämtliche Systeme «ausgereizt» haben und jede Behandlung sabotieren. Hier muss das Jugendstrafrecht glaubwürdig eingreifen – auch im Hinblick auf seine präventive Wirkung.

Unser Jugendstrafrecht – leider auch die aktuelle Revision – erfüllt diese Anforderungen nicht. Es trennt strikt zwischen über und unter 18-jährigen Tätern, ohne die Schwere der Straftat und die kriminelle Energie zu berücksichtigen. Der maximale Freiheitsentzug liegt bei vier Jahren – gegenüber beispielsweise zehn Jahren in Deutschland. Zudem werden zum Teil auch bei Gewaltverbrechen nur bedingte Strafen ausgesprochen.

Daher habe ich in der Frühjahrssession in Bern eine Motion eingereicht. Bereits im Jahr 2019 hatte ich zusammen mit Valentin Landmann eine Parlamentarische Initiative im Kantonsrat zur Verschärfung des Jugendstrafrechts eingereicht. Damals hatten wir leider die Mehrheiten noch nicht. Nun sieht es erfreulicherweise ganz anders aus. Meine Motion fordert unter anderem die Erhöhung der Maximalstrafe von einem Jahr auf zwei Jahre bei 15-jährigen Tätern, ausserdem die Erhöhung von vier auf sechs Jahre Maximalstrafe bei 16- und 17-jährigen. Im Fall des 15-jährigen Doppelbürgers soll auch ein Entzug des schweizerischen Bürgerrechts möglich sein.

### Motion wird von fast allen Parteien unterzeichnet

Natürlich ist die Resozialisierung im Jugendstrafrecht zentral. Dies gilt vor allem für Jugendliche, die Vergehen verübt haben oder welche einen Therapieerfolg erzielen können. Wenn aber ein jugendlicher mehrere Mordversuche auf dem Gewissen hat und auch in anderen schweren Fällen, sollte auch bei Ersttätern eine unbedingte Strafe möglich sein. Denn Abschreckung ist genauso wichtig. Dies habe ich in meiner Zeit auf der Staatsanwaltschaft und dem Gericht oft erlebt.

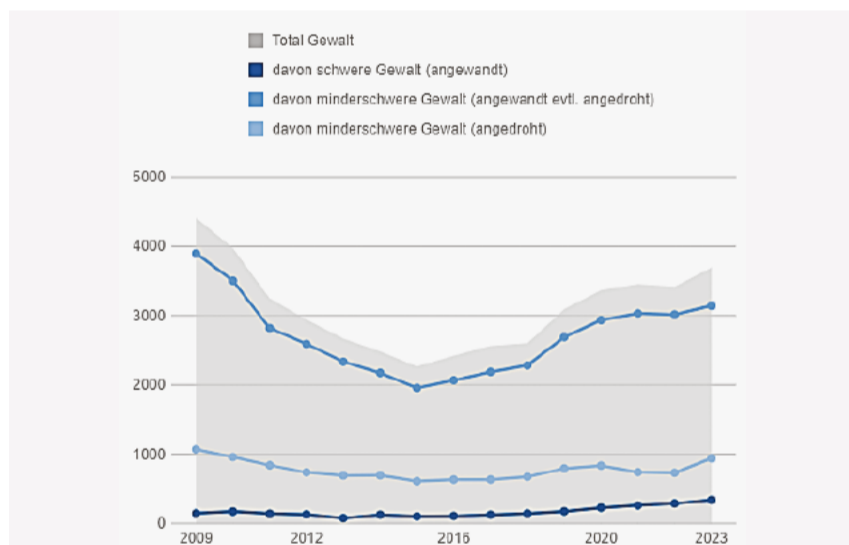
Andrea Caroni forderte kürzlich ebenfalls in einer Motion, dass junge Straftäter, die wegen der Altersgrenze aus dem Vollzug zu entlassen wären, im

Vollzug bleiben können, wenn die Sicherheit Dritter es erfordere.

Insgesamt drängt sich eine Verschärfung unseres stark therapeutisch ausgerichteten Jugendstrafrechts auf. Bisher haben sich die Verantwortlichen wenig darum gekümmert, was Therapien überhaupt bringen. Es fragt sich, wie lang sich das eine Gesellschaft auch finanziell leisten kann.

### Jugendkriminalität steigt mit der Zuwanderung

Auch der Gewaltexperte Dirk Baier sowie der Forensiker Frank Urbaniok erwähnen immer wieder, dass die Jugendkriminalität gestiegen ist. Besonders bei den Gewaltdelikten und Raub. Auch Bandendelikte haben stetig zugenommen. Jeder siebte Jugendliche ist bewaffnet. Ausserdem ist es klar, dass die Zuwanderung die Kriminalität erhöht. Junge Männer aus den Maghrebstaaten haben viele Autodiebstähle im Kanton Aargau verübt. Diverse Bandendelikte, davon besonders Gewaltdelikte, gehen von Jugendlichen aus den osteuropäischen oder nordafrikanischen Ländern aus. Dies zeigt auch ein Blick in die Kriminalstatistik und in die Daten der Polizei. Nicht nur in den Grenzkantonen, auch im Kanton Zürich, zeigt sich leider eine steigende Kriminalität. Einmal mehr wird klar, wie wichtig die Begrenzung der Zuwanderung und wirksame Strafen sind. Bei diesen Themen setzt sich die SVP seit Jahren an vorderster Front ein.



Die Anzahl schwerer Gewaltdelikte bei Minderjährigen hat sich seit 2013 mehr als vervierfacht. Bild: BfS

EIDGENÖSSISCHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN LANGENTHAL

# Marcel Dettling einstimmig zum neuen Präsidenten der SVP Schweiz gewählt

Der neue Parteipräsident verspricht Kontinuität und die Verteidigung der Unabhängigkeit der Schweiz. Nationalrat Thomas Matter wird Vizepräsident der SVP Schweiz.

Marcel Dettling wurde am Samstag zum neuen Präsidenten der SVP Schweiz gewählt. Bei der Versammlung in Langenthal (BE) stimmten die Delegierten geschlossen für den Schwyzer Nationalrat. Marcel Dettling betonte in seiner Ansprache, er werde die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers Marco Chiesa weiterführen. Er bekräftigte: «Wir verteidigen auch in Zukunft unsere Freiheit und Unabhängigkeit und lassen uns nicht von fremden Vögten drangsaliieren!»

### Keine fremden Vögte

Bezüglich der EU äusserte sich Dettling deutlich: «In der Schweiz herrscht das Volk, nicht die Bürokraten in Brüssel.» Zusätzlich zum neuen Präsidenten wählten die Delegierten turnusgemäss die Parteiorgane. Im Parteileitungsausschuss der Partei ist neu Nationalrat Michael Graber (VS) vertreten. Als neuer Vizepräsident wird, neben den Natio-

nalrätinnen Magdalena Martullo-Blocher (GR) und Céline Amaudruz (GE), Thomas Matter aus Zürich fungieren. Die SVP Kanton Zürich gratuliert allen Neugewählten herzlich zu ihrer Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg und Durchsetzungskraft!

### Standing Ovation für Marco Chiesa

Die Vizepräsidentinnen Magdalena Martullo-Blocher und Céline Amaudruz zollten dem scheidenden Präsidenten Marco Chiesa Anerkennung. «Er war der erste SVP-Präsident aus der lateinischen Schweiz», so Martullo-Blocher. Wer wie viele geglaubt habe, unter ihm würde es mediterran-gemütlich zu und her gehen, habe sich getäuscht!

«Marco Chiesa hat aber von Anfang an klar gemacht, dass er sich entschieden für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt.» Chiesa sei mit der schwierigen Mission angetre-

ten, bei den eidgenössischen Wahlen 2023 zusätzlich 100 000 Wählerstimmen zu holen, so Céline Amaudruz. «Er hat das Ziel erreicht!» Die SVP erzielte 2023 das drittbeste Resultat ihrer Geschichte – sie gewann 9 zusätzliche Sitze und erzielte einen Wähleranteil von 27,9% (plus 2,3%). Die Delegierten verabschiedeten Marco Chiesa mit Standing Ovation.

Die Redaktion/SVP Schweiz



Der neue Parteipräsident Marcel Dettling auf dem Podium an der Delegiertenversammlung. Bild: SVP Schweiz

NICHT VIEL AUSSER GUTEN VORSÄTZEN

# «Asylwende»



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Der «Tages-Anzeiger» fragte unlängst Alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), warum das Justiz- und Polizeidepartement, dem das Asylwesen untersteht, bei den Bundesräten so unbeliebt sei.

Ihre Antwort: «Die SVP ist permanent unzufrieden mit der Asylpolitik. Da stellt sich schon die Frage, warum sie in den letzten 16 Jahren nie bereit war, dieses Departement zu übernehmen.»

Was von Frau Sommaruga ungesagt blieb: Die SVP kann das Asylossier nicht übernehmen, weil der SVP-Bundesrat – wenn er darin Erfolg hat – unweigerlich abgewählt würde.

Ich muss es wissen, denn als ich vier Jahre Asylverantwortlicher war, wurden die Asylzahlen auf 5000 jährlich, d.h. auf weniger als die Hälfte, reduziert. Wäre ich nach den Erneuerungswahlen wieder gewählt worden, hätte ich dieses unbeliebte Departement gerne behalten, um den Asylmissbrauch weiter zu senken. Leider kam es, infolge meiner Abwahl, nicht dazu. Auch Frau Bundesrätin Sommaruga gehörte zu den Gegnern einer konsequenten Asylpolitik.

Mittlerweile ächzt die Schweiz unter der Last von rund 27 000 jährlichen Asylgesuchen. In der Nähe der Aufnahmeinstellen, etwa in Chiasso, sind die Zustände unerträglich. Der zuständige Bundesrat Beat Jans (SP) ist dorthin gereist und hat Besserung versprochen. Er kündigte mehr Kontrollen. Er kündigte mehr Kontrollen, schnellere Verfahren und rasche Rückführungen an. Doch dann kehrte Jans nach Bern in sein politisches Milieu zurück. Im Nationalrat behauptete er – wieder im alten Tramp – Grenzkontrollen würden nichts bringen. Doch unsere Nachbarstaaten führen wieder Grenzkontrollen ein. Sind wir bald die einzig Dummen, die nichts tun? Das spricht sich natürlich unter den Migranten rasch herum. Wofür haben wir den Zoll, Grenzschutzdienste und die Armee? Die medial angekündigte «Asylwende» des Bundes ist jedenfalls nicht zu erkennen, nicht einmal mit dem Feldstecher.

E gfreuti Wuche!



Offene Grenzen? Verlassene Zollstation bei Ronago im Tessin. Bild: Adobe Stock

# Einladung zum Sessions-Apéro

Rückblick auf die Frühjahrs-Session mit Nationalrat Martin Haab.



Donnerstag, 4. April 2024  
19.30 Uhr

Hasentalstrasse 3, 8934 Knonau  
(Eventhalle der British Classic Cars AG)



Freundliche Grüsse – SVP Knonau

## Fadegrad

von  
Stefan Urech

## «Ohne Wenn und Aber»

An der ersten Gemeinderatssitzung nach der brutalen Messertat eines 15-jährigen IS-Sympathisanten auf einen orthodoxen Juden mitten in Zürich verlas die Stadtpräsidentin Corine Mauch eine emotionale Rede. Darin verurteilte sie den Täter, der «zerfressen vom Hass» auf die jüdische Bevölkerung gewesen sei. Das Ereignis habe sie «zutiefst schockiert und wütend gemacht». Die Sicherheit von Juden hätten für den Stadtrat «höchste Priorität», die jüdische Gemeinschaft genieße dessen «uneingeschränkte Solidarität». Antisemitismus werde durch die Zürcher Institutionen verurteilt, und zwar «ohne Wenn und Aber».

Wenige Tage darauf kritisierten die drei jüdischen Gemeinderäte Jehuda Spielmann, Anthony Goldstein (beide FDP) und Ronny Siev (GLP) mittels einer schriftlichen Anfrage einen Event, der in der städtischen Kulturinstitution «Zentralwäscherei» im Januar stattgefunden hatte. An diesem trat Mohammed Khatib auf, ein international bekannter Antisemit, der (mit Ausnahme von Deutschland, wo seine Auftritte inzwischen verboten sind), durch Europa tourt und zusammen mit verurteilten Personen auf der Bühne zur «Zerstörung und Auslöschung Israels» aufruft. Die drei Gemeinderäte wollten vom Stadtrat wissen, wie er die Beherbergung dieser Person in einer städtischen Liegenschaft bewertet und ob dies für die Kulturinstitution Konsequenzen haben werde. Weder in den «einleitenden Bemerkungen» der Antwort des Stadtrats noch auf den folgenden Seiten findet man irgendeine Art von Verurteilung dieses Auftritts einer Person, die zum Völkermord an Juden aufruft. Im Gegenteil: Die Kulturinstitution wird als sozialer und kultureller «Freiraum» gepriesen, in dem sich «junge Erwachsene» etablieren und Projekte «ohne kommerziellen Druck» können. Der Stadtrat hält in seiner Antwort fest, dass nicht er, sondern der entsprechende Verein für das Programm zuständig sei. Die einzige Konsequenz für die Zentralwäscherei besteht nun darin, dass sie zu einer «schriftlichen Stellungnahme» aufgefordert wurde.

Die Narrenfreiheit der durch Steuergelder finanzierten, linken Kulturszene wertet der Stadtrat offensichtlich höher als die Bekämpfung des Antisemitismus «ohne Wenn und Aber». Das weiss wohl auch die Zentralwäscherei und so fand am letzten Sonntag ein «Dinner for Gaza» statt und in einem Monat treten dort zwei Musiker auf, die online zum Stopp der «Unterdrückung» Gazas und zu einem einseitigen Waffenstillstand Israels aufrufen. Künstler, die die jüdische Seite des Konflikts darstellen, sucht man im Programm der Kulturszene in der Zentralwäscherei vergebens.

## Die Fakten sprechen eine andere Sprache!

Die grüne Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart hat ein grosses Herz für verummte linksextreme Gewaltchaoten in der Stadt Zürich und verschont nicht einmal die Stadtpolizei.

Michele Romagnolo  
Gemeinderat SVP  
Zürich

In der Stadt Zürich gibt es immer wieder Negativschlagzeilen wegen der linksextremen Gewaltchaoten. Es ist offensichtlich, dass der organisierte Linksextremismus ein bedrohliches Gewaltpotenzial birgt. Nicht nur die zahlreichen Sachbeschädigungen, sondern auch gezielte Angriffe auf Menschen und vor allem auf Sicherheitsbeamte sind ein grosses Problem.

## Organisierter Gewalt

In der Regel sind linksextreme Gewaltchaoten strikt durchorganisiert, was den Zusammenhalt der Szene sichert. Sie gehen methodisch vor und zerstören alles, was ihnen in die Quere kommt. Sie zünden Pyrotechnik oder Gegenstände an und bewerfen die Polizei mit Flaschen und Steinen. Frauen werden mit Kinderwagen ausgerüstet, um zu verhindern, dass die Polizei wegen der Kinder eingreifen kann, was den Chaoten freie Bahn verschafft.

## Normalisierter Linksextremismus

Die grüne Polizeivorsteherin Karin Rykart vertritt die Ansicht, dass die linksextreme Szene verhältnismässig handelt, wenn verummte Menschen in Massen demonstrieren. Ein hartes Durchgreifen der Ordnungshüter könnte kontraproduktive Folgen haben und die Situation noch weiter verschärfen. Heutzutage gehört Linksextremismus zum Alltag, der zunehmend Einfluss

auf das alltägliche Leben der Stadtzürcher ausübt.

## Tolerierter Gesetzesbruch

Offene Gewaltaufrufe mit gezielten Angriffen auf die Polizei und Sachbeschädigungen an fremdem Eigentum deuten auf eine zunehmende Erosion des staatlichen Gewaltmonopols hin. Es wird immer wieder von der Stadträtin bekundet, dass dies «verhältnismässig» sei, anstatt mit harten Massnahmen gegen die unbewilligten Demonstrationen der Linkschaoten vorzugehen. Nein, es wird weiterhin von den linksgrünen Parlamentariern gefördert und geduldet. Be-

setzte Häuser werden nicht geräumt und im links-grünen Lager wird das als legal betrachtet.

## Linksgrünes Parlament schützt Gesetzesbrecher

Die Sicherheit der Bürger lässt sich nicht mehr gewährleisten, wenn ein beträchtlicher Teil seiner politischen Repräsentanten offen für die Ziele der Gewalttäter eintritt. Durch die linksgrüne Parlamentsmehrheit werden politische Strukturen geschaffen, die das Gewaltmonopol in unserem Staat infrage stellen. Ein Politiker, der sich an einer unangemeldeten Demonstration

oder Blockade oder einer unbewilligten Demonstration beteiligt und dabei gegen das geltende Gesetz verstösst, sollte umgehend aus dem Parlament verbannt werden. Dabei steht im Straf- und Justizvollzugsgesetz unter Art. 10 Abs. 1 ganz klar: «Wer sich bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund unkenntlich macht, wird mit einer Busse bestraft.» Die Untersuchung und Beurteilung der Übertretung steht dem Stadthalteramt zu. Frau Stadträtin Karin Rykart wurde vom Zürcher Volk gewählt, um die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu gewährleisten. Es ist an der Zeit, dass sie diesen Auftrag endlich umsetzt!



Der Linksextremismus genießt unter den Stadtzürcher Linken grosse Sympathie.

Bild: Robert Anders, Flickr.com

## AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

## Höherer Eigenmietwert: Was passiert mit dem zusätzlichen Geld?

Aufgrund eines Gerichtsspruchs müssen die Liegenschaften erstmals seit 2009 neu bewertet werden. Dies wird einen starken Anstieg des Eigenmietwerts zur Folge haben. Weil dessen Abschaffung diskutiert wird und momentan keine Härtefallklausel existiert, fordert die SVP, die Anpassung zu vertagen.

Lukas Schanz  
Gemeinderat SVP  
Dübendorf

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Vernehmlassung zur Weisung an die Steuerbehörden über die Bewertung von Liegenschaften und die Festsetzung der Eigenmietwerte ab der Steuerperiode 2025 gestartet. Letztmals wurden die Liegenschaften im Kanton Zürich im Jahr 2009 für Steuerzwecke geschätzt. Aufgrund der Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt ist davon auszugehen, dass viele Liegenschaften mit einem Vermögenssteuerwert und Eigenmietwert in der Steuererklärung berücksichtigt sind, die den bundesrechtlichen Vorgaben nicht mehr genügen.

## Aufgabenwachstum frisst Mehreinnahmen auf

Der Regierungsrat geht von einem mittleren Anstieg des Vermögenssteuerwertes von rund 50% und des Eigenmietwertes von rund 10% aus, was zu zusätzlichen Steuereinnahmen von rund 170 Millionen Franken pro Jahr führen wird.

Die Erhöhung wird voraussichtlich vor allem Immobilienbesitzer treffen, die ihre Liegenschaft bereits seit längerem besitzen, sowie Eigentümer von vermieteten Immobilien, da der Kapitalisierungszinssatz erheblich gesenkt wird. Solche Mehreinnahmen für die Gemeinden und Städte verschwinden

leider immer direkt in den laufenden Ausgaben, denn die Gemeinden und Städte sehen sich einem enormen Ausgabenwachstum gegenübergestellt. Wenn nicht korrigierend eingegriffen wird, wird sich dies auch in Zukunft nicht verbessern.

## Anfrage der SVP

Die SVP Dübendorf hat daher eine schriftliche Anfrage eingereicht, um abzuklären, wie hoch die Mehreinnahmen für Dübendorf sind und was mit diesem Geld geplant ist. So soll Klarheit geschaffen werden, ob es für dieses Geld bereits geplante Ausgaben gibt oder ob es für eine Steuerfussenkung zur Verfügung steht – und dies bereits vor dem Start der Budgetierung für das Jahr 2025. Denn ist das Geld einmal verplant, ist es für immer verloren. Es bietet sich an, dass eine solche Frage in weiteren Gemeinden eingereicht wird. Die schriftliche Anfrage aus Dübendorf kann beim Sekretariat der SVP Kanton Zürich als Vorlage angefragt werden.

## Härtefallregel bei Eigenmietwerten wieder einführen

Wie oben erwähnt, muss diese Änderung aufgrund richterlicher Entscheidung vorgenommen werden. Vor allem für Rentnerinnen und Rentner kann diese Anpassung zu einschneidenden Steuererhöhungen führen. Dies unter anderem auch, weil ebenfalls aufgrund von Gerichtsentscheiden kein Abzug für Härtefälle beim Eigenmietwert mehr gewährt werden darf. Um dies zu ändern, hat die SVP/EDU-Fraktion im Kantonsrat am Montag, 25. März 2024, eine Ständesinitiative eingereicht mit der Forde-

rung, dass der Härtefall bei Eigenmietwerten wieder gewährt werden kann.

Die GLP hingegen fordert, dass der Unternutzungsabzug bei nicht genutzten Zimmern im Eigentum abgeschafft werden soll. Hier zielt die GLP direkt auf Rentnerinnen und Rentner ab.

## Erhöhung des Eigenmietwerts verzögern

Aufgrund dieser massiven Steuererhöhungen für Eigentümerinnen und Eigentümer fordert die SVP in der Vernehmlassung zur Bewertung von Liegenschaften, dass die Erhöhung des Ei-

genmietwerts nicht per Steuerperiode 2025 erfolgt, sondern sistiert wird, bis die gesetzlichen Grundlagen für den Härtefall geschaffen sind und bis die Diskussion über eine allfällige Abschaffung des Eigenmietwerts in Bundesbern abgeschlossen ist.

Es macht keinen Sinn, dass die kantonalen und kommunalen Steuerbehörden mit der Arbeit der Neu-Schätzungen beschäftigt werden, wenn die nötigen Rahmenbedingungen nicht bekannt sind und der Eigenmietwert allenfalls ganz fällt.

Sollte die SVP des Kantons Zürich keine Mehrheiten finden, müssen dafür die Steuern in den Gemeinden gesenkt werden. Hierfür bildet unsere Anfrage die Grundlage.



Die Besitzer von Liegenschaften müssen sich auf eine Erhöhung des Eigenmietwerts einstellen.

Bild: Adobe Stock

Mehrheit unterstützt Neutralität und starke Armee

## «Frau Amherd und Herr Cassis: Sie sind auf dem Holzweg!»

Die Studie «Sicherheit 2024» der Militärakademie (MILAK) und des Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich bestätigt erneut, dass die politischen Forderungen von Pro Schweiz in der Schweizer Bevölkerung breit und mehrheitsfähig abgestützt sind.



**Werner Gartenmann**  
Geschäftsführer  
Pro Schweiz  
Lauterbrunnen BE

Eine klare Minderheit von lediglich 17 % der Befragten wollen einen vorbehaltlosen Beitritt zur Europäischen Union (EU) [Punkt 4.1 der Studie]. Auf stabilem Niveau befürworten 82% eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne EU-Beitritt [Punkt 4.1]. Das heisst, eine Mehrheit will wirtschaftlich zusammenarbeiten ohne institutionelle EU-Anbindung.

### Neutralität

Praktisch stabil bleibt im Vergleich zu den Vorjahren die sehr hohe Zustimmung zur schweizerischen Neutralität, und zwar trotz des Ukraine-Krieges. Obwohl politische und intellektuelle Kreise sowie sogenannte «Leitmedien» gegen die Neutralität agieren und versuchen, ihren Kerngehalt zu verwässern, steht

das Schweizer Volk mit 91 % hinter der Neutralität [Punkt 5.1]. 76% wünschen sich, dass die Schweiz verstärkt in Konflikten vermittelt [Punkt 4.2]. Aufgrund der aktuellen Situation in der Schweizer Armee zeigen sich realistischerweise aber die Befragten besorgt, dass die Neutralität militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann [49%, Punkt 6.1]. Folgerichtig verlangt die deutliche Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger eine «sehr gute Ausbildung» [92%, Punkt 6.2] und eine «Vollausrüstung» der Armee [79%, Punkt 6.2].

### NATO und European Sky Shield

Ein NATO-Beitritt wird nach wie vor von lediglich 30% unterstützt [Punkt 4.5]. Mit einer Annäherung an das westliche Verteidigungsbündnis sind 55% einverstanden, sofern die Annäherung auf der Ebene von Gesprächen und Planungen (u.a. im Technologie- und Rüstungsbereich) verbleibt [Punkt 4.6]. Die gemeinsame Luftverteidigung mit europäischen Staaten und der NATO wird von nur 14% vorbehaltlos unterstützt;

48% sind «eher einverstanden» [Punkt 4.7]. Dieser Umfragewert offenbart eine sehr grosse Skepsis und Unsicherheit gegenüber der European-Sky-Shield-Initiative von VBS-Chefin Viola Amherd.

### Unveränderte Positionen von Pro Schweiz

Für Pro Schweiz bedeuten die Resultate der Studie «Sicherheit 2024» keine Veränderungen in ihren politischen Stossrichtungen. Die Schweiz tritt der EU und NATO nicht bei, auch nicht «schleichend», und sie verfolgt eine konsequente Neutralitätspolitik. Konkret fordert Pro Schweiz:

- Kein EU-Beitritt und keine institutionelle Anbindung (d.h. keine automatische, «dynamische» EU-Rechtsübernahme und kein EU-Gericht für die Streitbeilegung).
- Kein NATO-Beitritt.
- Keine institutionelle NATO-Anbindung und keine Schweizer Bodentruppen für NATO-Gefechtsübungen und -Operationen.
- Rasche und vollständige Ausrüstung der Schweizer Armee; massiver Ausbau, auch personell, der kombattanten Truppen.
- Wiederherstellung der immerwährenden, bewaffneten Neutralität.
- Einreichung der Neutralitätsinitiative am 11. April 2024.

### Pro Schweiz: «Bundesrat muss über die Bücher!»

Der Gesamtbundessrat und insbesondere Aussenminister Bundesrat Ignazio Cassis und Verteidigungsministerin Bundespräsidentin Viola Amherd haben endlich ihre Aufträge zu erfüllen. Sie haben endlich den Willen der Schweizerinnen und Schweizer umzusetzen und endlich das Gesamtinteresse einer unabhängigen und neutralen Schweiz gegenüber dem Ausland durchzusetzen. Die Umfrageergebnisse der Studie «Sicherheit 2024» erteilen ihnen in keinem Fall einen Blankocheck, die von ihnen anvisierten Weichenstellungen Richtung EU- und NATO-Beitritt weiter zu verfolgen.

Link zur Studie:



Die Schweizer Bürger unterstützen eine einsatzfähige Armee. Bild: Adobe Stock

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 21. MÄRZ 2024

## Zeitenwende: Regierungsrat spricht sich für die Mobilitätsinitiative aus

Erfreut nimmt die SVP zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Mobilitätsinitiative der SVP und der FDP ohne Gegenvorschlag unterstützt.

Die im Jahre 2023 eingereichte Initiative verlangt, dass auf den Hauptverkehrsachsen der Verkehr und damit auch der ÖV mit Tempo 50 fahren soll, wie es auch in der Schweizerischen Gesetzgebung vorgeschrieben ist. Unbestritten ist, dass in den Wohnquartieren Tempo-30-Zonen eingerichtet werden können.

In der Vergangenheit wurden unter dem Deckmantel des Lärmschutzes etliche Hauptverkehrsachsen mit Tempo 30 signalisiert. Das eigentliche Ziel der linksgrünen Phantasten ist aber die Verteufelung des MIV. Dass damit auch der ÖV in Mitleidenschaft gezogen wird, ist egal, Hauptsache der MIV wird aus den Ortschaften verbannt. Dabei ist ihnen der wirtschaftliche Nutzen und die Notwendigkeit für unsere KMU völlig egal. Die ÖV-Initiative der FDP und SVP wird durch den Regierungsrat im Grundsatz ebenfalls unterstützt. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates verlangt hier geringfügige Ergänzungen. Eine Vermeidung der Geschwindigkeitsreduktion, der Kompensation der Verkehrseinschränkungen im Hinblick auf den Anti-Stau-Artikel der Kantonsverfassung und schlussendlich die Bezahlung der Mehrkosten durch den verursachenden Strasseneigentümer.

Mit diesem Richtungsentscheid trägt der Regierungsrat den wirklichen Anliegen der Bevölkerung Rechnung. Die in der Vergangenheit eingeführten Geschwindigkeitsreduktionen wurden ohne Mitwirkung der Bevölkerung ver-



Tempo 30 auf Quartierstrassen soll weiterhin möglich sein. Bild: Adobe Stock

fügt. In etlichen Gemeinden und Städten, in denen die Bevölkerung an einer Gemeindeversammlung oder einer Urnenabstimmung über die Einführung entscheiden konnte, wurde die flächendeckende Einführung von Tempo 30 abgelehnt.

Mit dem heutigen Entscheid des Regierungsrates platzt die linksgrüne Verkehrsverhinderungsblase. Dies zeigen auch die erfreulicherweise im Bundesparlament in den letzten Tagen überwiesenen Vorstösse, welche in dieselbe Richtung zielen. Die SVP verlangt von den Kommunen bis zur Volksabstimmung über die Mobilitätsinitiative einen Marschhalt bei der Umsetzung von Geschwindigkeitsreduktionen. Es darf nicht sein, dass nun noch schnell der linksgrüne Wahn gegen die Mehrheit der Bevölkerung vorangetrieben wird.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 26. MÄRZ 2024

## Stadt Zürich zockt die Steuerzahler ab

Seit Jahren das gleiche Spiel: Die Stadt Zürich behauptet in der Budgetberatung, vor einem Finanzloch zu stehen, und schmettert so die Steuerensenkungsforderung der Bürgerlichen ab. In der Rechnung weist sie dann aber einen gigantischen Überschuss an Steuereinnahmen aus. In den letzten Jahren summiert sich eine Summe von über 1,2 Milliarden Franken. Das Geld gehört den Bürgern und Unternehmen. Die SVP fordert deshalb eine massive Steuerensenkung.

In den letzten neun Jahren budgetierte der Stadtrat immer einen Aufwandüberschuss und präsentierte anschliessend ebenso regelmässig einen Ertragsüberschuss in der Rechnung. Der kumulierte Überschuss der letzten Jahre: 1,2 Milliarden Steuerfranken. Während diese Differenzen zwischen Budget und Rechnung in den letzten Jahren etwa 100 bis 200 Millionen betrogen und letztes Jahr sogar 600 Millionen, beträgt sie in der Rechnung 2023 wieder 570 Millionen. Der damit verbundene Ertragsüberschuss von 231 Millionen in der Rechnung 2023 wurde trotz grösseren Ausgaben erzielt, weil die Steuereinnahmen besonders ergiebig waren.

Die SVP hat das Spiel der Stadt Zürich mit absichtlich falschen Zahlen längst durchschaut. Sie fordert deshalb auch schon in der letzten Budgetberatung eine Steuerensenkung von 7 Prozentpunkten (von 119 Prozent auf 112 Prozent). Für die SVP ist klar: Bei der nächsten Budgetdebatte braucht es eine bedeutende Steuerensenkung. Die von der SVP geforderte Effizienzsteigerung in der Verwaltung macht eine massive Steuerensenkung problemlos und nachhaltig möglich.

Die explodierenden Ausgaben zeigen, dass die linksgrüne Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat den Bezug zur Vernunft längst verloren hat. Es ist unverantwortlich, anzunehmen, dass die Steuergelder weiterhin bedingungslos in die Stadtkasse fliessen und jedes ideologische Projekt umgesetzt werden kann. Insbesondere die gigantischen Kosten für anstehende Klimaprojekte, die hor-

renden Ausgaben für die Sozialindustrie und die überproportional wachsende Verwaltung werden die Ausgaben in der Rechnung auch in Zukunft massiv vergrössern.

Die SVP fordert ein grundsätzliches Umdenken in der Finanzpolitik der Stadt Zürich, indem weniger ausgegeben wird und die Steuerzahler entlastet werden. Auch Ernst Stocker als Präsident der Schweizer Finanzdirektoren bestätigt: Die Überschüsse gehören dem Steuerzahlern und nicht der Stadtverwaltung.



Die Stadt Zürich holt sich das Geld der Steuerzahler mit allen Tricks. Bild: Adobe Stock

EU-Rahmenabkommen - Migrationspolitik - Aussenpolitik

## Wegweisende Entscheide für die Schweiz

Informationsabend zu aktuellen politischen Fragen mit



**Ueli Maurer**  
alt Bundesrat / ehem. Vorsteher EFD



**Gregor Rutz**  
Nationalrat / Staatspolitische Kommission

Begrüssung: **Christian Pfaller**,  
Kantonsrat, Präsident SVP Bezirk Bülach  
**Thomas Schneider**,  
Gemeinderat, Präsident SVP Kloten

**Mittwoch, 10. April 2024 - 20.15 Uhr**  
Ortsmuseum Bücheler-Hus, Dorfstr. 47, 8302 Kloten

Alle sind herzlich willkommen - auch Nichtmitglieder!  
Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.



**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

**Bezirk Dielsdorf**  
Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafschaftstrasse 2, Niederglatt.

**Bezirk Dielsdorf/Rümlang**  
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

**Bezirk Dietikon/Aesch**  
Samstag, 13. April 2024, 14.00 – 18.00 Uhr, Jassturnier, Brunnehofsäli, Dorfstrasse 3, Aesch.

**Bezirk Dietikon/Schlieren**  
Samstag, 30. März 2024, 14.00 – 17.00 Uhr, Ostereiersuche, Familiengartenverein Bet-schenrohr, Limmatstrasse 11, Schlieren.

**Bezirk Dietikon/Weiningen**  
Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Vortrag, Restaurant Linde, Badenerstrasse 2, Weiningen, mit Staatsanwalt Moritz Lüthi. Anmeldung unter 079 449 62 60.

**Bezirk Hinwil/Rüti**  
Mittwoch, 10. April 2024, 19.00 Uhr, Infoanlass zum Thema «Windräder auf dem Batzberg», Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti.

**Bezirk Horgen**  
Donnerstag, 4. April 2024, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Frohe Aussicht, In der Weid 8, Oberrieden.

**Bezirk Uster/Mönchaltorf**  
Freitag, 5. April 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Mönchhof, Mönchaltorf. Anschliessend Imbiss. Anmeldung unter charles@vogt-ec.ch.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Samstag, 13. April 2024, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 26, Dübendorf.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Gemeindegaststätte, Am Rainli 4, Bonstetten.

Freitag, 3. Mai 2024, 20.00 Uhr, Churfirs-entagung, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

**Interne Autoren:** DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Knonau**  
Donnerstag, 4. April 2024, 19.30 Uhr, Sessions-Apéro, British Classic Cars AG, Hasentalstrasse 3, Knonau, mit Nationalrat Martin Haab.

**Bezirk Bülach/Kloten**  
Mittwoch, 10. April 2024, 20.15 Uhr, Informationsabend, Ortsmuseum Bücheler-Hus, Dorfstrasse 47, Kloten, mit Nationalrat Gregor Rutz und alt Bundesrat Ueli Maurer.

**MIT FREMDEM GELD IST GUT PRASSEN**

**Millionen für muslimische Vereine**

Die römisch-katholischen und reformierten Landeskirchen des Kantons Zürich wollen ab 2026 je eine Million Schweizer Franken an muslimische und christlich-orthodoxe Gemeinschaften zur Unterstützung zahlen. Das Geld kommt aus dem 50-Millionen-Kantonsbeitrag, den der Kanton an die zwei Landeskirchen zahlt.



**Peter Vogelsanger**  
SVP Stadt Zürich 6

Diese Aktion muss aus verschiedenen Gründen gestoppt werden. Erstens ist dieser Betrag zur Unterstützung der Landeskirchen gedacht.

**Anerkennung durch die Hintertüre**  
Wenn diese Teile des Betrages den anderen Religionsgemeinschaften abgeben, umgehen sie die Bestimmung, dass dieser Betrag nur für anerkannte Landeskirchen gesprochen ist. Wenn man dies vollzieht, würde man den anderen Religionsgemeinschaften de facto den Status einer Landeskirche geben. Zweitens ist der Betrag für die Unterstützung der römisch-katholischen und reformierten Landeskirchen gedacht. Diese haben einheitliche Bestimmungen und professionelle Strukturen. Dazu zahlen ihre Mitglieder Kirchensteuer.

Dass sie jetzt irgendwelchen Vereinen Geld geben sollen, die keinerlei professionelle rechtliche und politische Strukturen haben, ist nicht nachvollziehbar. Drittens ist es sehr bedauerlich, dass die beiden Landeskirchen lieber fremde Organisationen als eines ihrer Projekte unterstützen wollen.

**Landeskirchen müssen sich auf Kernaufgabe besinnen**

Es ist absehbar: Die Missbrauchsfälle werden noch einiges kosten. Da wäre es besser, wenn man dieses Geld direkt in einen Fond einzahlen würde. Man könnte damit z.B. die Missbrauchsprävention und -ermittlung unterstützen oder die Kernaufgaben finanzieren: Die Verkündigung des Evangeliums und die Übersetzung von Bibeln ins Arabische. Die Landeskirchen könnten auch die Kirchen in Not finanziell unterstützen. Sie können die zwei Millionen sicherlich besser gebrauchen als die genannten Religionsgemeinschaften.

Es ist zu hoffen, dass die Landeskirchen sich auf ihre Kernaufgabe besinnen. Diese besteht darin, ihre Religion

zu unterstützen und ihnen eine politische Basis zu geben. Falls sie diesen Irrsinn aber weiterverfolgen, muss der Kantonsrat den Kantonsbeitrag um diese zwei Millionen Franken kürzen!



**Der letzte macht das Licht aus: Die Landeskirchen finanzieren lieber Moscheen, als die christliche Lehre zu fördern.**  
Bild: Wikipedia

**Einreichung der Nachhaltigkeits-Initiative steht bevor**

Seit der Lancierung der Nachhaltigkeits-Initiative im letzten Sommer konnten wir über 100 000 gültige Unterschriften sammeln. Wir sehen uns darin bestätigt, dass die Schweizer Bürger die unkontrollierte Bevölkerungsexplosion nicht mehr länger hinnehmen möchten. Am 3. April ist es nun soweit: Wir reichen die Nachhaltigkeits-Initiative bei der Bundeskanzlei ein. Alle sind herzlich eingeladen, in Bern ein starkes Zeichen für eine Schweiz mit Zukunft zu setzen.

Anmelden kann man sich unter folgendem Link:

SVP Kanton Zürich  
Lagerstrasse 14  
8600 Dübendorf  
www.svp-zuerich.ch

**SCHWEIZER QUALITÄT SVP**  
Die Partei des Mittelstandes

**EINLADUNG**  
zur Delegiertenversammlung  
**vom Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr**  
Gemeindegaststätte, Am Rainli 4, 8906 Bonstetten

**Vorprogramm**  
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie «Ghackets mit Hörnli und Öpfelmus», Nussgipfel und feine Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch den Musikverein Bonstetten
- Begrüssung durch Kantonsrat Marc Bochler

**Traktanden**

- 1. Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- 2. Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- 3. Referendum gegen die Änderung im Bildungsgesetz:** Keine Wartefrist bei Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer KR Tobias Infortuna
- 4. Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024:** Parolenfassung:
  - a) Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» NR Barbara Steinemann
  - b) Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» NR Barbara Steinemann
  - c) Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» NR Mauro Tuena
  - d) Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) «Mantelerlass» Kontradiktorisch: Pro: Referent noch offen / Kontra: KR Paul von Euw

**P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit**

- 5. Rahmenabkommen** NR Martin Hübscher
- 6. Rechnung 2023 / Budget 2024** KR Patrick Walder
- 7. Verschiedenes** Alle

**Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook**  
www.facebook.com/svpzuerich